

Die Verwaltung möchte das Thema auf die lange Bank schieben!

Die FDP-Fraktion erwartet in der Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Verkehr am 03.12. den von der Bezirksregierung erbetenen ergänzenden Bericht zum Antrag der Stadt auf Erweiterung des Sperrbezirks im Bereich Neue Ritterstraße. Insbesondere zu

- den fehlenden fachlichen Feststellungen zur Anzahl der Prostituierten sowie Umfang und Auswirkungen ihrer Tätigkeit zur Tages- und Nachtzeit
- den Möglichkeiten alternativer Standorte
- dem erwarteten Gesamtkonzept

soll die Verwaltung der Politik Rede und Antwort stehen.

"Die Bezirksregierung hat der Stadt Krefeld eine Frist zur Nachbesserung ihres Antrages auf Erweiterung des Sperrbezirks im Bereich Neue Ritterstraße bis zum 15.01.2014 gesetzt.. Sie erwartet u. a. ein Gesamtkonzept, wobei hier auch auf den Schutz der Prostituierten geachtet werden sollte, die Nennung von alternativen Standorten, in denen die Ausübung der Prostitution ggf. geduldet werden könnte, und eine fachliche Stellungnahme zur Anzahl der Prostituierten sowie Umfang und Auswirkungen ihrer Tätigkeit zu Tages- und Nachtzeiten, " erläutert der ordnungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Ratsherr Joachim Konow, den Antrag der FDP. "Wir haben den Eindruck, dass die Verwaltung in Krefeld das Thema auf die lange Bank schiebt und hofft, dass die Politik irgendwann nicht mehr nachfragt."

"Das Thema "Straßenprostitution in Krefeld" mag jahreszeitbedingt nicht mehr so offenkundig sein. Spätestens im nächsten Frühjahr werden wir uns aber aufgrund dann wieder vermehrter Bürgerbeschwerden damit auseinandersetzen haben, so Konow. Der FDP-Ratsherr spricht sich dafür aus, mit benachbarten Kommunen "in einen Erfahrungsaustausch über die Möglichkeiten, die Straßenprostitution einzudämmen", einzutreten.